

Tabakarbeiter

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends. Redaktionsschluss Montag. Bezugspreis monatlich 40 ¢ ohne Bringergeld. Anzeigenpreis 35 ¢ für die sechseckhaltene Millimeterzeile. Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen, An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Schriftleitung: Ferdinand Dajma. Verantwortlich: für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Dajma. Druck: J. F. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 25

Bremen, 18. Juni

Jahrgang 1932

Die Lage des Arbeitsmarktes

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende Mai zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit seiner Angehörigen veranstaltet hat, wurden insgesamt 54 772 (12 705 männliche und 42 067 weibliche) Mitglieder erfasst, von denen 23 891 (6248 männliche und 17 643 weibliche) völlig arbeitslos waren, während 12 995 (2340 männliche und 10 655 weibliche) verkürzt arbeiten mussten. Im einzelnen war die tarifliche Wochenarbeitszeit verkürzt um Stunden

	1-8	9-16	17-24	25 u. mehr
Männlichen	947	599	538	256
Weiblichen	4184	3549	2387	535

Insgesamt 5131 4148 2925 791

Voll ausnutzen konnten ihre tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit 17 654 (4011 männliche und 13 643 weibliche), während 232 (106 männliche und 126 weibliche) darüber hinaus arbeiteten, und zwar machten Ueberstunden

	1-3	4-6	7 und mehr
Männliche	99	6	1
Weibliche	100	26	—

Insgesamt 199 32 1

Um Vergleichsmöglichkeiten mit dem Vormonat zu schaffen, lassen wir die Verhältniszahlen vom April und Mai folgen.

Von je 100 statistisch erfassten Verbandsmitgliedern waren

Insgesamt

Ende	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
April	44,20	21,37	32,28	2,15
Mai	43,62	23,73	32,23	0,42

— 0,58 + 2,36 — 0,05 — 1,73

Zigarettenherstellung

April	53,18	25,89	20,32	0,61
Mai	51,19	22,48	25,72	0,61

— 1,99 — 3,41 + 5,40 —

Zigarettenherstellung

April	26,82	10,04	55,69	7,45
Mai	30,00	26,17	43,83	—

+ 3,18 + 16,13 — 11,86 — 7,45

Rautabakherstellung

April	4,24	10,64	85,12	—
Mai	4,98	41,04	53,98	—

+ 0,74 + 30,40 — 31,14

Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung

April	22,97	17,27	59,43	0,33
Mai	24,16	14,98	60,86	—

+ 1,19 — 2,29 + 1,43 — 0,33

Der Silberstreifen am Horizont, von dem im „Tabak-Arbeiter“ vom 21. Mai, wenn auch mit einem Fragezeichen, die Rede war, hat sich demnach nur in der Zigarettenherstellung etwas verbreitert, wo eine Zunahme der Verhältniszahl der Vollarbeiter um mehr als 5 v. H. zu verzeichnen ist. Eine kleine Zunahme der Verhältniszahl der Vollarbeiter ist auch in der Rauch- und Schnupftabakherstellung zu verzeichnen, die aber durch einen fast ebenso großen Rückgang der Verhältniszahl der Arbeitslosen wieder ausgeglichen wird. Dagegen ist die Verhältniszahl der Vollarbeiter sowohl in der Zigarettenherstellung und noch mehr in der Rautabakherstellung wesentlich zurückgegangen.

Ein Kilogramm Tabak

war im Jahre 1928 belastet:
in Italien mit 16,88 M.
in Deutschland mit 7,49 M.

Nach der „Vossischen Zeitung“ vom 29. April 1930 hat das italienische Tabakmonopol, um die Staatsschulden zu amortisieren, die Verkaufspreise für Zigaretten und Rauchtabak um 25 v. H. und die für Zigaretten um 10—25 v. H. erhöht.

Wir bringen diese Angaben, um zu zeigen, daß der Tabak auch in einem faschistischen Staate, wie er den Nationalsozialisten als Ideal vorschwebt, sehr stark „bluten“ muß.

Trotz alledem ist die Beschäftigungsmöglichkeit in der Zigarettenherstellung, wo mehr als die Hälfte aller statistisch erfassten Verbandsmitglieder keine Arbeit hat, immer noch am größten. Aus diesem Grunde läßt sich in keinem Zweige der Tabakindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit so gut begründen, wie gerade in der Zigarettenherstellung, und da ohnehin Tarifverhandlungen in Aussicht stehen, liegen auch keine Hindernisse formaler Art vor, dieser Frage näherzutreten. Die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen können mit Recht verlangen,

daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit Ernst gemacht wird, damit zum mindesten ein Teil von ihnen wieder in den Produktionsprozeß gebracht werden kann.

Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband wird deshalb bei den kommenden Tarifverhandlungen in der Zigarettenherstellung mit aller Entschiedenheit für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und nach vorheriger Verständigung mit dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter gemeinsam mit ihm dem R. D. Z.

Von den Ende Mai statistisch erfassten Verbandsmitgliedern gehörten zur Herstellung von

Zigaretten	38 112	davon 28 110 weibliche
Zigaretten	12 625	davon 11 489 weibliche
Rautabak	1 986	davon 1 067 weibliche

Rauch- und Schnupftabak 2 049 davon 1 401 weibliche

Davon waren in der Herstellung

von	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigaretten	19 509	8 569	9 802	232
Zigaretten	3 788	3 304	5 533	—
Rautabak	99	815	1 072	—

Rauch- und Schnupftabak 495 307 1 247 —

Zum Schluß eine vergleichende Zusammenstellung über die Arbeitsstunden, die von den statistisch erfassten Verbandsmitgliedern in der letzten vollen Woche des jeweiligen Monats geleistet worden sind. Die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden betrug in der

Zigarettenherstellung

	Insgesamt	pro Mitgl.	pro beschäft. Mitglied
April	717 048	18,66	39,86
Mai	762 856	20,02	41,01

+ 45 808 + 1,36 + 1,15

Zigarettenherstellung

April	387 252	30,55	41,75
Mai	337 364	26,72	38,15

— 49 888 — 3,83 — 3,60

Rautabakherstellung

April	89 151	44,96	46,95
Mai	85 308	42,95	45,21

— 3 843 — 2,01 — 1,74

Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung

April	74 883	35,04	45,49
Mai	71 970	35,12	46,31

— 2 913 + 0,08 + 0,82

Endkampf um Demokratie und Freiheit

Das deutsche Volk ist in einen neuen Erregungszustand versetzt worden. Die ernannte Regierung hat es nicht gewagt, sich vor dem Reichstag zu verantworten, sondern vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erhalten, den alten Reichstag aufzulösen. Wir stehen also wieder um vor einem Wahlkampf, der die bisherigen noch an Schärfe übertrifft und das Eindringen um Demokratie und um Freiheit bedeutet. Das arbeitende Volk Deutschlands, um dessen Einfluß dieser Endkampf geführt wird, steht vor der folgenschweren Frage, ob es sich von einem reaktionären Klüngel niederrängen lassen will.

Als das Kabinett Brüning der Hintertreppenpolitik erlag, wurde ein Kabinett eingesetzt, welches zu den reaktionärsten seit 50 Jahren gehört. Von den neuen Ministern sind sieben Adlige, darunter vier Freiherren, ein Graf und ein General. Das arbeitende Volk ist zum erstenmal seit 1918 unvertreten. Diese Regierung der allerschwarzesten Reaktion hat eine Erklärung veröffentlicht, die die schlimmsten Ähnungen bestätigt.

Danach sollen die Schwierigkeiten Deutschlands auf den Versailler Vertrag und die „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“ zurückzuführen sein. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, der Länder und der Gemeinden seien erschüttert. Die Sozialversicherungen ständen vor dem Bankrott. Schuld daran sei der Staatssozialismus. Die Nachkriegsregierungen hätten den Staat zu einer Art Versorgungsanstalt gemacht. Deshalb müsse dem „unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf, vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, Einhalt geboten werden.“ Ferner wird gegen die atheistisch-marxistische Zersetzung zu Felde gezogen und eine klare Entscheidung des Volkes darüber verlangt, ob es nach den Grundsätzen christlicher Weltanschauung leben wolle oder nicht. Das ist der Sinn der Regierungserklärung nach der innenpolitischen Seite. Sie läßt wahrhaftig nichts zu wünschen übrig. Die christliche Weltanschauung wird stark herausgestellt. Der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, hat diese pharisäische Moral bereits als ein „Christentum der Etikette“ bezeichnet. Er muß ja die Herren kennen.

In der Regierungserklärung folgt dann eine Verbeugung nach dem Ausland hin, die in der Sehnsucht nach friedlichem Zusammenarbeiten mit anderen Nationen ausklingt. Also außenpolitisch zahm, wie keine Linksexegierung bisher. Genau wie Hitler, der seine Anhänger in Wahlversammlungen über die Außenpolitik mit Worten fanatisiert, aber hinten herum zu erkennen gibt, daß er friedlich mit dem Auslande zu leben wünscht. Es ist die alte Geschichte: brutal und rücksichtslos den eigenen Volksgenossen und kahnbuckelnd dem Ausland gegenüber.

Nun kommt das Schönste: Diese reaktionäre Regierung ist angeblich ans Ruder gekommen, um mit der Notverord-

nungspolitik der Regierung Brüning endgültig Schluß zu machen. In der Antrittserklärung liest man aber, daß zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates „ein Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen“ erlassen werden soll. Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Teile diese Adleregierung sich aus der Notverordnung Brüning aussuchen wird: die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, der Invalidenversicherung, die Verlängerung der Wartezeiten und alles, was an Verschlechterungen gegen den Protest der Gewerkschaften bereits von der alten Regierung geplant war.

Diese Regierung ist eine Regierung Hitlers und Eugenbergs. Wie bekanntgeworden ist, hat Hitler sowohl dem General Schleicher wie Hindenburg zugesagt, diese Regierung sogar noch über die Wahlen hinaus zu tolerieren, wenn sie bestimmte Zusagen mache: Auflösung des Reichstages und Aufhebung des SA-Verbots. Das eine ist geschehen, das andere wird bald folgen. Somit herrscht Hitler indirekt bereits heute. Er hat eine Bevölkerungsschicht in den Sattel gehoben, die man schon vor 100 Jahren als erledigt ansah. Die Anhänger der NSDAP. bilden den Sockel der neustabilisierten Reaktion. Ohne diese angebliche Arbeiterpartei wären die reaktionären Oberschichten jetzt und für alle Zukunft erledigt. Als Ausgleich will man den Nazis den Staat Preußen überlassen, damit sie dort ihre Leute an die Futterkrippe führen können. Wahrscheinlich ein sauberes Tauschgeschäft!

Wir haben also die Revolution von oben in reinster Form. Es ist nur charakteristisch, daß diese mit den Mitteln der höchsten demokratischen Einrichtung, des freien Wahlrechts, geführt werden soll. Die Neuwahl des Reichstages geschieht mit dem ausgesprochenen Zweck, die Herrschaft der Hitler-Barone für alle Zukunft zu sichern. Man spekuliert darauf, daß die Mehrheit des deutschen Volkes unter der beispiellosen Not durch die Wirtschaftskrise sich dazu hinreißen läßt, der NSDAP. und den übrigen reaktionären Splitterparteien die Mehrheit in die Hand zu geben. Daß diese Spekulationen überhaupt möglich sind, daß man glaubt, durch den dichten Gasnebel der Verleumdung und Verdummung die Mehrheit des deutschen Volkes für sich gewinnen zu können, ist eine Tragik und eine Beleidigung der Ehre dieses kulturellen Volkes überhaupt.

Was aus der deutschen Wirtschaft werden soll, kann man sich ungefähr vorstellen. Der in Aussicht stehende Reichstagswahlkampf wird allein durch seine Festigkeit die letzten Reste der bestehenden Wirtschaft erschüttern. An eine Erholung wird vorläufig nicht zu denken sein. Die NSDAP. als neue Regierungspartei hat durch ihre Redner im Preussischen Landtag bereits erklären lassen, wie sie sich die Wirtschaftspolitik der Zukunft denkt. Einer dieser Erwählten des Volkes hat dies folgendermaßen umrissen: „Nur allerhöchste Schutzzölle können die deutsche Landwirtschaft retten.

Wir Nationalsozialisten sind für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht. Das alles geht allerdings mit den bisherigen Methoden der Reichsbank nicht. Deshalb brauchen wir eine selbständige Währung.“ Diese programmatischen Erklärungen bedeuten nichts anderes als Zwangsarbeit durch die Arbeitsdienstpflicht, unerhörte Teuerung durch landwirtschaftliche Schutzzölle und die Inflation mit all ihren Schrecken. Für die Grundrechte der Arbeiterschaft wie Tarifverträge, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutz, Invalidenversicherung usw. ist in einem Staat, wo obige Gedanken zur Durchführung kommen, kein Raum mehr.

Was bereits von dieser Regierung und zwar für die allernächste Zeit in Aussicht steht, drückt die „Boschische Zeitung“ Nr. 268 folgendermaßen aus: „Für die Großagrarien wird der Staat auch weiterhin eine „Wohlfahrtsanstalt“ sein und aus öffentlichen Mitteln einigen Tausend Großgrundbesitzerfamilien im Osten ermöglichen, ihren überschuldeten Betrieb weiterzuführen. Mit der Arbeitslosenunterstützung wird, wenn man die Reichsregierung recht versteht, sehr bald Schluß gemacht werden. Und ebenso mit dem Tarifrecht. Die Löhne, die sich heute schon auf dem denkbar niedrigsten Niveau befinden, sollen nach dem Gutdünken der Generaldirektoren noch weiter gesenkt werden. Jener sozialpolitische Zustand von 1862 soll wiederkehren, den Eugenbergs als sein Ideal bezeichnet hat.“ So kennzeichnet ein bürgerliches Blatt die Zukunft der deutschen Entwicklung.

Die Herrschaft der Nationalsozialisten im Bunde mit den Reaktionären, die gegenwärtig die Regierung bilden, ist die rücksichtsloseste Machtanwendung der allerschwarzesten Reaktion. Das Ende der Freiheit und der Demokratie für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Stunde des Kampfes um Sein oder Nichtsein hat für die deutsche Arbeiterklasse geschlagen. Die gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands waren in der Nachkriegszeit zu Machtfaktoren ersten Ranges geworden. Sie sollen dieser Macht nicht nur entkleidet, sondern vollständig vernichtet werden. In Italien steht ein erschreckendes Beispiel vor unseren Augen. In Deutschland wird der Rückschlag noch viel furchtbarer werden, weil wir im Gegensatz zu Italien eine organisierte Unternehmerrasse haben und die Arbeiterschaft hierzulande über Ertrungenschaften verfügt, die von allen Ländern als mustergültig anerkannt sind.

Wer deshalb will, daß die deutsche Geschichte um 60 Jahre zurückgedreht wird, wer die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter zu willenlosen Sklaven herabgewürdigt sehen will, der stehe in den nächsten Wochen beiseite und lasse es somit geschehen, daß diese grausame Schicksalswende bis zur Reize ausgekostet werden muß. Wer dies aber alles nicht will, der muß sich einreihen in die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse für Sozialismus und Demokratie gegen Kapitalismus und Diktatur.

Das Parlament der Bedarfswirtschaft

29. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine

In der Zeit vom 6. bis 8. Juni fand in Jena der 29. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, an dem 664 stimmberichtigte Delegierte und 159 Delegierte ohne Stimmrecht, sowie zahlreiche Beauftragte von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Vertreter vieler genossenschaftlicher Zentralinstitutionen und befreundeter Organisationen teilnahmen. In seiner

Eröffnungsrede

äußerte sich der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Lorenz, u. a. kritisch zu den Ursachen der Krise, als die er eine Ueber-rationalisierung der Betriebe, Ueberproduktion und Fehlleitungen des Kapitals angab. Er wandte sich dagegen, daß die ohnehin schon geringe Kaufkraft des werktätigen Volkes noch weiter herabgedrückt wird. Unsere Wirtschafts- und Industriekapitäne hätten sich als schlechte Schiffsführer erwiesen. Deutlich wandte sich der Redner gegen Inflations- und Autarkiepläne, bekannte sich zu der Arbeit für den Weltfrieden, und stellte sich auf den Boden der gewerkschaftlichen Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung. Das deutsche Volk sei nicht mehr imstande, Reparationen zu zahlen, von denen bis Mitte vorigen Jahres bereits 67,7 Milliarden abgetragen worden seien.

Die Wirtschafts-, Mitglieder- und Bilanzziffern der deutschen Konsumgenossenschaften könnten sich sehr wohl sehen lassen. Wenn überall in der Privatwirtschaft die gleiche Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit herrschten wie in den Konsumgenossenschaften, wäre es um die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk besser bestellt. Zur Wahrnehmung ihrer Interessen würden die Genossenschaften unbeschadet ihres Grundsatzes der religiösen und politischen Neutralität zwischen ihren Gegnern und den ihnen freundlich gesinnten Parteien und Körperschaften selbstverständlich einen Unterschied machen.

Bollrath Klepzig vom geschäftsführenden Vorstand berichtete über

Entwicklung und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Er wies die Not unserer Zeit als die Folge der Ueberfülle an Gütern im kapitalistischen Wirrwarr nach, gab aber der Meinung Ausdruck, daß die Menschheit kaum mit einem plötzlichen Sturz des herrschenden Wirtschaftssystems rechnen könne, sondern sich würde auf eine allmähliche Umgestaltung zur planvollen Bedarfswirtschaft beschränken müssen. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung werde von einem Fünftel des Volkes getragen. Die Mitgliederziffer betrug Ende 1931 2,94 Millionen Haushaltungen und verringerte sich bis zum 31. März 1932 auf rund 2,9 Millionen, war also an diesem Tage größer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sank von 1212 Millio-

nen Mark im Jahre 1930 auf 1047 Millionen Mark 1931, das sind 13,5 v. H. Im ersten Vierteljahr 1932 verringerte sich der Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 24 v. H. Der Umsatzrückgang ist auf Preisermäßigungen zurückzuführen. Ihm steht eine mengenmäßige Umsatzvermehrung für die meisten Bedarfsgüter gegenüber.

Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften verminderten sich 1931 von 406 Millionen Mark auf 319 Millionen. In den ersten drei Monaten 1932 trat eine Senkung des Spareinlagenbestandes um 18 Millionen ein. Die übermäßig umfangreichen Abhebungen haben also bei den Genossenschaften des Zentralverbandes nicht angehalten.

Bei den Vorstandsberichten wies Hugo Bästlein (Hamburg) in seinem

Referat über „wirtschaftliche Angelegenheiten“

u. a. darauf hin, daß die Ausnahmeumsatzsteuer restlos bestehen geblieben ist. Der Reichsfinanzminister habe von seiner Befugnis, diese Steuer aufzuheben, wenn dadurch eine Preisverbilligung erzielt würde, keinen Gebrauch gemacht, trotzdem die Konsumgenossenschaften in den Verhandlungen Vorschläge zur Preisverbilligung machten. Der Preiskommissar hat bei den Genossenschaften des Zentralverbandes nicht in Aktion zu treten brauchen. Dem arbeitslosen Genossenschaftler werde das Brot besonders besteuert. Die immer wieder behauptete Steuerfreiheit der Konsumvereine sei Lug und Trug. Die Steuerleistung der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug 1929 19 846 275 M., 1930 26 770 603 M. und 1931 32 282 079 M. Ein schreiendes Unrecht sei die Steuerfreiheit des Sparabatts für den Privathandel und die Besteuerung des Sparabatts der Konsumgenossenschaften durch Körperschafts- und Kapitalertragssteuer. Besonders temperamentvoll polemisierte der Redner gegen die Sondergewerbesteuer in Thüringen, die sogar von der Bevölkerung der Glendgebiete des Thüringer Waldes, die zu 75 Prozent den Genossenschaften angehört, aufgebracht werden muß. Ebenso wandte er sich gegen die Zollpolitik und gegen die preisverteuernden Gebühren einzelner Länder bei der Einfuhr von Fleisch. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die deutsche Agrarwirtschaft unterstrich der Redner mit dem Hinweis darauf, daß die Genossenschaften für mindestens 125 Millionen Mark deutsche landwirtschaftliche Produkte gekauft haben.

Dem Tenor der Vorstandsberichte entsprachen zwei Entschlüsse gegen das Steuerunrecht, gegen die Ausweichung der Zollpolitik und Autarkiestrebungen. Allein in der

Stärkung der Kaufkraft

der breiten Massen liege die wohlverstandene Pflege des Binnenmarktes.

In der Debatte regte sich eine winzige kommunistische Opposition, die unter dem stürmischen Widerspruch des Genossenschaftstages ihre „Kampfpapieren“ abgab. Bezeichnend für sie ist, daß sie gegen die Entschlüsse stimmte, die gegen Autarkie, Zollwucher und Steuerunrecht Front machen.

Ueber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Klepzig. Er machte dabei geltend, daß der Internationale Genossenschaftsbund 65 Millionen Mitglieder umfaßt. Mehr als 200 Millionen Erdbewohner könnten also als mittelbare und unmittelbare Anhänger der Genossenschaftsbewegung gelten.

Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Walter Hoff (Hamburg).

Ueber die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete Bästlein (Hamburg).

In seinem Referat über „Notverordnungen und die sich daraus ergebenden Steuer- und Wirtschaftsverhältnisse“ stellte Dr. Gustav Petersen (Hamburg) u. a. fest, daß die Vorschrift des Artikels 48 der Reichsverfassung zumindest für einen Teil der Notverordnungen nur eine recht zweifelhafte Rechtsgrundlage abgibt.

Die vom Vorstande vorgeschlagenen

Satzungsänderungen,

die gegen nur 11 Stimmen kommunistischer Delegierter angenommen wurden, wurden vom Referenten Bästlein als eine vorübergehende Maßnahme bezeichnet, die unter veränderten Verhältnissen revidiert werden könne. Sie heben die zwingende Bestimmung auf, in jedem Jahre einen Genossenschaftstag abzuhalten und regeln dementsprechend Zuständigkeit und Amtsdauer des Generalrates, Vorstandes und Ausschusses. Die Genehmigung der Verbandsrechnung und die Entlastung des Vorstandes soll jedoch dem jeweils nächsten Genossenschaftstag vorbehalten bleiben.

Die Neuwahlen zum Vorstande

ergaben insofern eine interessante Veränderung, als an Stelle des wegen Krankheit ausscheidenden August Kasch der frühere badische Staatspräsident Dr. Adam Kemmele in den geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes gewählt wurde.

Die Abrechnung von 1931 und der Voranschlag von 1932 des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Bericht der Revisionskommission, der keine Einwendung gegen die Rechnungsführung erhob, wurden gegen ganz wenige Stimmen genehmigt.

Dann wurde die Tagung von dem Vorsitzenden des Zentralverbandes, Heinrich Lorenz, mit Dankesworten an die Jenaer Konsumgenossenschaft und zugleich mit dem Wunsche geschlossen, daß aus dem wirtschaftlichen Jena der gegenwärtigen Zeit das Sedan der Konsumgenossenschaften werden möge.

Kündigung der Tarife endgültig

Der Zigarrenarbeiterschaft ist aus dem Aufruf des Vorstandes in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ und aus unseren früheren Veröffentlichungen bekannt, daß der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller (R. D. Z.) sowohl den Reichstarifvertrag und das Lohnabkommen wie auch die Bezirksstarifverträge zum 31. Juli d. J. aufgekündigt hat. Eine Verständigung auf der vom R. D. Z. vorgeschlagenen Grundlage (Ferienverzicht und Lohnprüfungsklausel) ist auch nachträglich nicht erfolgt. Damit sind die ausgesprochenen Kündigungen perfekt geworden.

Aufgabe der Tabakarbeiter-Verbände bei den bevorstehenden Verhandlungen wird es nun sein, den Tarifverträgen für die Zigarrenherstellung eine für die Arbeiterschaft annehmbare Form zu geben. Ob das gelingt, ist eine Frage, die sich im voraus nicht mit Sicherheit beantworten läßt. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß im R. D. Z. sehr starke Kräfte am Werke sind, die am liebsten das ganze Tarifwerk zerschlagen möchten, um nach jeder Richtung hin unbeschränkte Ausbeutungsmöglichkeiten zu haben.

So wie die Dinge bei Redaktionsschluß liegen, sollen die Parteianträge am 23. Juni in Bad Deynhausen gegenseitig ausgetauscht und am nächsten Tage zur Verhandlung gestellt werden. Die am 4. Juni in Bremen versammelt gewesenen, für die Zigarrenherstellung zuständigen Instanzen unserer Organisation haben den Vorstand bevollmächtigt, die nach Lage der Verhältnisse notwendigen Anträge auszuarbeiten und (nach Verständigung mit dem Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands) dem R. D. Z. zu unterbreiten. Wir müssen deshalb davon absehen, schon jetzt von diesen Anträgen Kenntnis zu geben. Sobald jedoch die Anträge beider Parteien vorliegen, werden wir sie mit einer kritischen Würdigung im „Tabak-Arbeiter“ veröffentlichen.

Inzwischen müssen die Kolleginnen und Kollegen alles tun, was im Sinne des Aufrufes, den der Vorstand in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht hat, zur Ausbreitung und Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes getan werden kann, damit, mögen die Tarifverhandlungen ausgehen wie sie wollen, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung auch für die Zukunft eine achtunggebührende Interessenvertretung haben.

Christliche Tabakarbeiter im Jahre 1931

Nachdem nunmehr auch die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ (Nr. 12 vom 10. Juni) über die Entwicklung und das Wirken ihrer Organisation berichtet hat, können wir die Mitteilungen, die wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ unter der gleichen Ueberschrift machten und die sich auf Angaben im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ (Nr. 11 vom 1. Juni) stützten, noch in einigen Punkten ergänzen.

Die Gesamteinnahmen des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands betragen 348 515 RM. gegenüber 424 837 RM. im Jahre 1930. Ohne die Beiträge zur Alters- und Invalidenunterstützungskasse betragen die Beitragseinnahmen 296 778 RM. gegenüber 368 350 RM. im Jahre 1930. Die Gesamtausgaben einschließlich des an die Alters- und Invalidenunterstützungskasse abgeführten Betrages stellten sich auf 346 406 Reichsmark gegenüber 386 209 RM. im Jahre 1930.

Von den Ausgaben entfielen 45 981 Reichsmark auf die Arbeitslosen-, 12 385 Reichsmark auf die Kranken- und 3469 Reichsmark auf die Wöchnerinnenunterstützung. Außerdem wurden ausgezahlt an Sterbegeld 2790 RM., und an Rechtsschutz 12 975 RM. Für die Verbandszeitung wurden 30 774 RM. aufgewendet.

Frauenarbeit in Amerika

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Berufszählung von 1930 ist der Womhundertsatz der beschäftigten verheirateten Frauen in Verhältnis zur Zählung von 1920 in drei Bundesstaaten gesunken. In den übrigen 41 Staaten ist er nur um höchstens 1 Prozent gestiegen.

In mehr als der Hälfte der Staaten hatten 10 Prozent oder weniger der verheirateten Frauen eine bezahlte Beschäftigung inne, nur in den vier Staaten Georgia, Florida, Südkarolina und Mississippi näherte sich die Ziffer der beschäftigten verheirateten Frauen 20 Prozent. Dieser Höhe Satz wurde nur in den Gegenden mit Negerbevölkerung erreicht, z. B. erreichte der Satz der beschäftigten verheirateten Frauen im Staate Georgia 10,5 Prozent bei der weißen Bevölkerung, 37 Prozent unter der Negerbevölkerung. In allen Staaten, in denen genaue Angaben vorliegen, läßt sich feststellen, daß die Zahl der verheirateten oder nichtverheirateten Frauen über 15 Jahre, die eine Beschäftigung haben, weit höher ist, als die der beschäftigten Frauen unter 15 Jahren. In 16 von 26 Staaten, die Berufsstatistiken veröffentlicht haben, ist der Satz der beschäftigten unverheirateten Frauen doppelt so hoch wie der der verheirateten beschäftigten Frauen. In 14 dieser Staaten waren weniger als ein Drittel der Frauen über 15 Jahre, die eine bezahlte Beschäftigung ausübten, verheiratet; nur in den vier Staaten Arizona, Florida, Mississippi und Nevada belief sich dieser Satz auf 40 Prozent.

Bekanntmachungen

Am 18. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

4. Juni. Bentorf 50.—
6. Danzig 200.—, Mühlhausen 200.—
7. Dresden 1500.—, Magdeburg 400.—, Freistett 100.—
8. Wanfried 200.—
9. Hohenhausen 230.—, Sonneborn 40.—
10. Nordhausen 300.—
11. Danzig 170.—

Bremen, den 14. Juni 1932.

Joh. Krohn.

Gestorben sind:

Am 14. Mai die Zigarrenarbeiterin Rosina Fahrenbach (Wajungen), 55 Jahre alt (Zahlstelle Steinbach-Hallenberg).

Am 26. Mai der Zigarrenarbeiter Franz Weppler, 65 Jahre alt (Zahlstelle Hannover).

Am 31. Mai die Zigarettenpackerin Marie Rothe, 43 Jahre alt (Zahlstelle Dresden).

Am 1. Juni der Zigarrensortierer Peter Erichson, 76 Jahre alt (Zahlstelle Herford).

Am 2. Juni die Zigarrenarbeiterin Hulda Walter, 53 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).

Ehre ihrem Andenten!

Nachruf

Am 2. Juni verstarb unsere Kollegin und langjähriges Verwaltungsmitglied

Hulda Walter

kurz vor ihrem 53. Lebensjahre. Wir verlieren in ihr eine Kollegin, welche sich jederzeit zum Nutzen der Tabakarbeiter zur Verfügung stellte. Auch der übrigen Arbeiterschaft von Döbeln war sie nicht unbekannt. Sie wird uns immer in ehrendem Andenken bleiben.

Die Zahlstelle
und Ortsverwaltung Döbeln.

Unserm lieben langjährigen 1. Vors.

Friedrich Langjahr

und seiner Frau

Betty Langjahr

zu ihrer am 7. Juni stattgefundenen silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Mainz



Großer Preisabbau!

Billige böhmische Bettfedern

1 Pfd. graue, gute, gefüllene Bettfedern
60 Z, bessere Qualität 80 Z, halbweiße,
flaumige 1.-, 1.20 M., weiße, flaumige gefüllte. 1.50, 1.90,
2.50 M., feinste gefüllte. Halbflaum-Herzschäts-Feder
3.-, 4.-, 5.-, Kupffeder ungefüllten, mit Flaum
gemengt, halbweiß 1.95 M., weiß 1.95 M., weißer, allerfeinster
Flaumrumpf 2.25, 3.25, 4.25. Muster u. Preisliste kostenlos.
Verlang jeder Menge sofort gegen Nachnahme. Von 10
Pfund an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht
oder Geld zurück.
S. Benisch in Prag XII,
Amerika ulice Nr. 902, Böhmen

Gewerkschaften und freiwilliger Arbeitsdienst

Wir möchten den nachstehenden Artikel, dessen Verwendung uns von republikanischer Seite anheimgestellt worden ist, nicht veröffentlichen, ohne vordem darauf hingewiesen zu haben, daß sich unsere Meinung über den freiwilligen Arbeitsdienst mit den Ausführungen des Genossen Peter Graßmann deckt, die wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ zum Abdruck brachten.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist bei seinem Aufkommen von den einen als unzulängliche Verwirklichung des Arbeitsdienstpflichtgedankens, von den anderen aus lohnpolitischen Gründen abgelehnt worden. Gewiß: Erwerbsmöglichkeiten kann der freiwillige Arbeitsdienst nicht bieten, aber er gibt Arbeitsmöglichkeiten, die außerhalb des eigentlichen Wirtschaftsmarktes liegen und durch die wenigstens einigen hunderttausend jungen Menschen die sozialpädagogischen Formkräfte der Arbeit als solcher wieder zugeführt werden können.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist kein Mittel zur Rettung von Wirtschaft und Wohlfahrt. Entscheidend ist der sozialpolitische Ertrag. Er vermag die Jugend vor den mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wachsenden Gefahren des Verfalls ihrer Arbeits- und Lebenskraft zu schützen. Der freiwillige Arbeitsdienst stellt eine neue Form der Arbeitslosenfürsorge dar, die notwendig wird in einer Zeit, in der die zerrüttenden Einflüsse jahrelanger Arbeitslosigkeit die Gefahr der vollständigen seelischen Zermürbung vor allem der jugendlichen Arbeitslosen heraufbeschwören.

Da der freiwillige Arbeitsdienst unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten betrachtet werden muß, verbietet es sich von selbst, ihn mit den Rentabilitäts-

maßstäben der freien Wirtschaft zu bewerten. Berechnungen, die nachweisen wollen, daß die im freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführten Arbeiten teurer kommen, als bei Ausführung im freien Arbeitsverhältnis, gehen an dem Problem glatt vorbei. Die moralischen Werte, die der freiwillige Arbeitsdienst den Erwerbslosen zuzuführen vermag, entziehen sich jeder Berechnung in Heller und Pfennig. Wenn bei den Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst auch der Rentabilitäts Gesichtspunkt nicht die allein ausschlaggebende Rolle spielt, so handelt es sich doch durchweg um volkswirtschaftlich produktive Arbeiten, die die Er giebigkeit der Gesamtwirtschaft auf weite Sicht fraglos steigern.

Aus der „Unrentabilität“ des Arbeitsdienstes ergibt sich andererseits, daß in ihm auch der Tariflohn entfällt. Hier setzen die Bedenken ein, die von seiten einzelner Gewerkschaften heute noch einer Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes entgegengebracht werden. Ebenso wie Teile der Unternehmerchaft eine Verringerung der Auftragsmöglichkeiten befürchten, sind einige Gewerkschaften — unter ihnen vor allem der Deutsche Baugewerksbund — besorgt, daß der freiwillige Arbeitsdienst die gewerkschaftlichen Errungenschaften auf lohn- und tarifpolitischem Gebiet gefährdet.

Diese gewerkschaftlichen Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen. In der Tat besteht die Gefahr, daß der freiwillige Arbeitsdienst von politisch und wirtschaftlich reaktionären Verbänden in dieser Richtung mißbraucht wird. Die Gewerkschaften haben hier allen Anlaß, wachsam zu bleiben. Der wirtschaftliche Mißbrauch des freiwilligen Arbeitsdienstes kann nur dadurch verhütet wer-

den, daß der Arbeitsdienst wirklich nur, wie die Verordnungen es vorschreiben, für gemeinnützige und zusätzliche Arbeiten Verwendung findet. Wenn bei der Wahl der Arbeitsobjekte die Gemeinnützigkeit und Zufälligkeit streng beachtet wird, kann von einer Gefahr der Lohnrückerei nicht die Rede sein. Gewiß: die Frage der Zufälligkeit der Arbeiten kann nie generell, sondern nur von Fall zu Fall entschieden werden. Die Gewerkschaften müssen deshalb dafür Sorge tragen, daß durch ihre Vertrauensleute, denen die örtlichen Verhältnisse bekannt sind, eine strenge Prüfung der Arbeitsprojekte auf ihre „zufällige Natur“ hin erfolgt. Auf dem Weg über die gewerkschaftlichen Vertreter in den Landes-Arbeitsämtern haben sie es in der Hand, die Bewilligungspraxis in dieser Richtung zu beeinflussen.

Am erfolgreichsten wird man indessen der Gefahr des Mißbrauches des freiwilligen Arbeitsdienstes begegnen, wenn man selbst als Träger des Dienstes und auch als Träger der Arbeit auftritt. Es ist erfreulich, daß in den Gewerkschaften die Neigung zu solchem aktiven Einsatz zum freiwilligen Arbeitsdienst wächst. In der Tat: ein schwankendes Beifeitstehen ist nicht mehr möglich, wenn man sich überlegt, daß auf der einen Seite in wachsendem Maße reaktionäre Verbände als Träger des Dienstes in ihrem Drang nach Arbeitsobjekten Kommunen und Kommunalverbände dazu verführen, Pflichtaufgaben durch Reichsmittel wohlfeil zu erledigen und auf der anderen Seite unter den widersprechendsten Parolen Tuzende von großen Arbeitslagern eingerichtet werden, die auch schon gewerkschaftlich organisierte Jugend erfassen. Wie den politischen Bedenken nur durch eine aktive Durchdringung des frei-

In Rußland — gearbeitet — nicht geschaut!

Von einem deutschen Facharbeiter

Hat man sich endlich mit großer Mühe und körperlicher Anstrengung in den Wagen gewunden, so beginnt als nächstes der Kampf um den Sitzplatz, der ebenso erbittert wie das Eindringen in den Wagen geführt wird. Deutschrussen und Juden machen eine Ausnahme, sie sind freundlich und stellen sogar ihre Plätze zur Verfügung. Man kommt mit ihnen ins Gespräch, muß Rede und Antwort stehen. Sie wollen wissen, warum man nach Rußland kommt, wie es in Deutschland aussieht, welcher Partei man angehört usw. Man merkt bald, daß man nicht viel und vor allem nicht laut sprechen darf. Alle Mitreisenden lauschen gespannt. Ein Deutschrusse warnt und bittet, leiser zu sprechen.

An einer Stelle auf freier Strecke kommt der Schaffner, warnt und ver-

langt, daß die Fenster geschlossen werden. Man hört, daß sich in dieser Gegend Banden umhertreiben und Angriffe auf die Züge unternehmen. Die Räuber haben sich einen Standort ausgesucht, an welchem der Zug infolge beachtlicher Steigung langsamer fährt. Sie haben eine besonders erfolgversprechende Methode. An langen Stricken befestigte Anker schleudern sie durch die Wagenfenster und fischen damit heraus, was daran hängen bleibt. Nicht selten mußten Menschen schon ihr Leben lassen.

Der Bahnraub steht überhaupt in hoher Blüte. Auf irgendeiner Station kommen junge Burschen in den Wagen und beginnen Wodka zu trinken. Dann werden selbst die Russen, die bekanntlich die Reise gern zum Schlafen benutzen, und sich zu diesem Zweck die als Gepäckaufbewahrer über den Sitzplätzen angebrachten aufklappbaren Bretter sichern, wach. Gerne reichen ihnen dann die Gauner den Alkohol und machen sie regelrecht betrunken, so daß sie im Wagen herumliegen. Schnell fassen dann die Räu-

ber die ihnen wertvoll erscheinenden Kisten, Kasten und Bündel, werfen sie aus dem Wagen und springen ab; wiederum wenn der Zug langsam fährt.

Zugverspätungen von vielen Stunden, manchmal Tagen, sind keine Seltenheit. Neben der schlechten Organisation liegen die Gründe hierfür in dem raschen und oft wiederholten Beamtenwechsel, der Unerfahrenheit auf der Strecke mit sich bringt, und ganz besonders — man soll es nicht für möglich halten — am Kohlenmangel in diesem an Kohlen überjättigten Gebiet.

Die Fahrt durch die Ukraine hinterläßt einen weit besseren Eindruck als die Reise von der deutschen Grenze nach Moskau.

Kleine Waldstreifen ziehen sich den Bahndamm entlang. Größere Stationen sind oft von Baumgruppen umgeben, ehemaligen Parkanlagen, die aber, wie es scheint, heute nicht mehr gepflegt werden und deshalb sehr verwildert aussehen. Dazwischen dehnt sich die ungeheure ebene Fläche, bestelltes Land und die Steppe.

Arbeitsdienstes mit republikanisch-demokratischem Geist begegnet werden kann, so kann der wirtschaftliche Mißbrauch auch nur abgewehrt werden, wenn man sich aktiv und in positiver Mitarbeit der Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes zuwendet.

Dabei wird man sich — entsprechend dem Wirtschaftsprogramm des AfA-Bundes — zum Ziel setzen müssen, den freiwilligen Arbeitsdienst in der Richtung einer kollektiven Selbsthilfe der Erwerbslosen auszubauen. Der Plan von Professor Emil Lederer zeigt hier die Wege, die begangen werden können, um die Lage der erwerbslosen Massen auch materiell zu verbessern. Jugendlichen Arbeitslosen muß die Möglichkeit gegeben werden, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes auch in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verrichten und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit ihre eigene Lage und diejenige anderer Arbeitsloser zu verbessern. Das hätte auch den Vorteil, daß viele Erwerbslose eine ihrem Berufentsprechende Betätigung fänden. Die Klage, daß durch die Verwendung bei anderen, vor allem größeren Arbeiten, eine allmähliche Zerstörung der beruflichen Fertigkeiten stattfände, wäre hinfällig.

Von Seiten der Gewerkschaften liegen durchaus zustimmende Stellungnahmen zu dem Plan Lederers vor, sofern er als Versorgungsplan, der die Hilfe der Erwerbslosen für die zusätzliche Naturalversorgung der Arbeitslosen einspannt, durchgeführt wird. In Verknüpfung mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ist hier eine Möglichkeit gegeben, den jugendlichen Erwerbslosen eine Betätigung zu verschaffen, die auch ihr materielles Schicksal unmittelbar verbessert. Wenn der freiwillige Arbeitsdienst auch auf die Selbstproduktion von Konsumgütern ausgedehnt wird, die aus der geringfügigen Unterstützung am Markt nicht gekauft werden können, dann kann man ihm den gefährlichen Anschein eines Ausbeutungsdienstes oder eines Almoseninstituts vollständig nehmen und ihn nicht nur in den seelischen, sondern

auch materiellen Interessenkreis der erwerbslosen Jugend haltbar eingliedern.

Tariflohn und Sozialrechte sind gewiß der sicherste Weg, um der erwerbslosen Jugend wieder zu persönlicher und sozialer Geltung zu verhelfen. Das bleibt das Ziel der Gewerkschaften, das mit

allen Mitteln anzustreben ist. Die wachsende Not fordert aber auch Maßnahmen zur Milderung der ungeheuren geistig-seelischen Schäden, die aus der Erwerbslosigkeit erwachsen. Der freiwillige Arbeitsdienst bietet eine Möglichkeit dazu. Sie muß ausgenutzt werden.

Bier als Wertmesser der Arbeitsleistung

Der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer ist von Hitler zum Ministerpräsidenten von Preußen ausersehen. Diese Berufung zu einem so hohen Amt deutet bereits darauf hin, daß es sich hier um eine Kanone im Kreise der Nationalsozialisten handeln muß. Diese nationalsozialistische Größe hat am 10. Mai im Reichstag eine Rede gehalten, die jetzt im Stenogramm vorliegt. Die Rede Straßers gilt als eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Wirtschaft. Beim Lesen derselben saßt man sich an den Kopf und fragt sich, wie ist es möglich, daß eine Partei, die solchen Unsinn als ihr Programm ausgibt, auch nur einige tausend Anhänger um sich zu scharen vermag. Und doch sind es nicht Tausende, sondern viele Millionen. Jeder organisierte Arbeiter, der mit seiner Volksschulbildung auch nur etwas über die Wirtschaft der Gegenwart nachgedacht hat, wird vor Lachen Purgelbäume schlagen, wenn er dieses krause Zeug eines Oberdemagogen über sich ergehen läßt. Daß auch Intellektuelle und Leute, die sich beleidigt fühlen würden, wenn man sie als Idioten bezeichnet, einer Partei mit solchem Programm angehören, gehört zu dem Widerspruchsvollsten dieser verrückten Zeit.

Wir wollen unsere Leser nicht mit all dem Unsinn behelligen, den Straßer von der Tribüne des Reichstags aus zu verzapfen die Stirn hatte. Nur ein Beispiel: Straßer wünscht die Zeiten zurück, in denen wie in Bayern nicht das Gold, sondern „das Maß Bier ein Wertmesser für eine ganz bestimmte Arbeitsleistung und im weiteren Verlauf für ganz bestimmte

Lebensgüter war. Ich sehe die unerhörten Schwierigkeiten der heutigen Tarifbesprechungen darin, daß der Staat heute keine Möglichkeit hat, das Lohnproblem von solch einem Wertmesser, von solch einer „Scheidemünze“ aus anzupacken.“

Was sagt ein Mensch mit gesundem Verstand zu solch einem Unsinn? Man beachte, es handelt sich hier nicht um eine beliebige Person, sondern um einen maßgebenden Führer der größten Partei Deutschlands. Ein kommunistischer Abgeordneter traf den Nagel auf den Kopf, als er dem Redner zurief: „Wie wäre es mit einer Bierwährung, Herr Straßer?“ Wenn der Staat eine solche einführen würde, dann hätte er allerdings nicht mehr mit den „unerhörten Schwierigkeiten der heutigen Tarifbesprechungen“ zu rechnen. Weil wir aber keine Bierwährung haben, sondern eine Goldkernwährung, so müssen wir uns eben darin fügen, daß das Lohnproblem nach wie vor die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit beherrscht.

Unsere Leserinnen und Leser werden nicht von uns verlangen, daß wir die zitierten Gedankengänge Straßers kritisch unter die Lupe nehmen. Ein solcher Unsinn läßt sich weder kritisieren noch zum Gegenstand einer Auseinandersetzung machen. Es bleibt nur zu bedauern, daß das Volk der Dichter und Denker solchen Schwärmern die Möglichkeit gibt, eine Millionengefolgschaft um sich zu sammeln. Oder sollten die Geführten etwa auf dem gleichen geistigen Niveau stehen als die Führer? Das Gott erbarm!

Nach längerer Fahrt erscheinen die ersten Industrieanlagen. Hoch aufgefahrene Schlackenberge zeigen an, daß sich hier eine ältere Zeche befindet. Bei jüngeren und jüngsten Betrieben sind diese Berge mehr oder weniger groß.

Auf einer der letzten Stationen vor meinem Bestimmungsort erscheint ein uniformierter Polizist im Wagen. Er erkundigt sich nach dem bereits angemeldeten Facharbeiter und läßt mich von nun an nicht mehr aus den Augen. Er spricht gut deutsch. Auf der Bestimmungstation treibt er einen kleinen Wagen auf, mit dem wir zusammen zum ersten Quartier fahren, wo auch schon der mir in Zukunft stets beigegebene Dolmetscher wartet.

Wie schon erwähnt, war mir während meiner Tätigkeit in Rußland kontraktlich ein Zimmer unentgeltlich zugesichert. Bei meiner Ankunft war indes keins zur Verfügung. Die ersten Tage verbrachte ich deshalb in einem Raum, ausgestattet mit drei Betten, der als Aufenthalt für durchreisende Sowjetbeamte, Geologen

usw. dient. Dann mußte ich mich wohl oder übel auf die Wohnungssuche begeben, denn amtlicherseits bemühte man sich nicht lange, mir ein Zimmer zu verschaffen und sich an kontraktliche Bindungen zu halten.

Infolge der ungeheuren Wohnungsnot ist die Beschaffung eines Wohnraumes eine sehr schwierige Angelegenheit. Man verlangte nicht selten Preise, für welche man bei uns eine reguläre mittlere Dreizimmerwohnung haben kann. Ich hatte schließlich doch Erfolg und kam bei Landsleuten unter.

Die erste Ausfahrt geht zu einem in nicht allzu großer Entfernung liegenden Betriebe. Der Dolmetscher fungiert als Aufseher, die sogenannte Obrigkeit — über die noch zu sprechen sein wird —, der „Direktor“ des Gebietes fährt mit. Es ist wiederum eine Prüfung auf Herz und Nieren: welcher Partei ich angehöre, will er wissen, und als ich eine Parteizugehörigkeit verneine, versucht er mich für „Die Partei“ — wie es nur in Rußland heißt — zu werben.

Man muß sehr vorsichtig sein bei Äußerungen und Angaben, auch dem Dolmetscher gegenüber. Angeber fehlen nie und was dann geschieht, ist bekannt aus vielen Fällen. Man verschwindet auf Nimmerwiedersehen, kein Mensch, keine Regierung, kein Konsulat kann helfend oder rettend eingreifen.

Auf dem Arbeitsplatz herrscht eine fürchterliche Unordnung. Werkzeuge und Geräte liegen wirr durcheinander, sind ölig und verschmiert. Auf den alten Zechen wird noch durchgehend nach primitivem System gearbeitet, ungefähr so, wie man es in Deutschland vor 50 bis 60 Jahren gewohnt war. Viele dieser Zechen wurden bei der Revolution zerstört, unter Wasser gesetzt oder sonstwie unbrauchbar gemacht. Wo es zugänglich erscheint, sucht man sie heute wieder in Betrieb zu setzen, oder man baut neue Schächte.

3. Bohrung von Kohlen

Seit dem Jahre 1927 erforscht man das ganze Dongebiet auf Kohle. Man weiß selbstverständlich, daß Kohlen vorhanden sind, denn schon seit langem wird dort in

Altersaufbau und Wirtschaft

Die durch das Zeitalter der Erfindungen, so führte Dr. Curt Rawrahi auf der Weltwirtschaftskonferenz Berlin u. a. aus, der Mechanisierung und Technisierung in weitestem Sinne ermöglichte Produktionssteigerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von Rohstoffen bis zu Fertigfabrikaten fand im letzten Jahrhundert eine Ergänzung in dem Zuwachs an Konsumenten, verbunden mit einer starken Konsumzunahme pro Kopf. Die steigenden Geburten und die fallenden Sterblichkeitsziffern, infolge immer verbesserter hygienischer Maßnahmen, waren die Ursache dieser Zunahme der europäischen Menschheit und ihrer Nachkommenschaft in anderen Erdteilen. Diese Bewegung ließ aber bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts immer stärker nach. Geburtenrückgang und schließliche Bevölkerungsstagnation, die sich zuerst in Frankreich bemerkbar machte, zeigt in den übrigen Ländern allmählich eine immer ähnlichere Entwicklung, und es ist direkt auffallend, wie beispielsweise die drei Staaten, Deutschland, England und die USA. eine fast genau parallel verlaufende Bevölkerungsentwicklung aufzuweisen haben. Durch den Krieg wurde die stark rückläufige Bevölkerungsbewegung zweifellos noch verstärkt, und der Geburtenabfall ist seither ein so rapider, daß man bereits beispielsweise in Deutschland nach der bisherigen Entwicklung mit einem Stillstand der Gesamtbevölkerung für die Jahre ab 1945 rechnen muß.

Die kommenden Auswirkungen des Bevölkerungsstillstandes, oder besser, des veränderten Altersaufbaues, machen sich aber im Wirtschaftsleben nicht etwa erst in einer späteren Zukunft bemerkbar, sondern wir empfinden bereits jetzt ihre wirtschaftlichen Folgen. Der anormale Altersaufbau zeigt sich bereits jetzt darin, daß die jugendlichen Krieger- und Nachkriegsjahrgänge außerordentlich schwach besetzt sind, dagegen die mittleren Jahr-

gänge, die noch aus den stark besetzten Geburtenjahrgängen der Vorkriegszeit stammen, einen anormal stärkeren Zuwachs aufzuweisen haben. Es ist im allgemeinen übersehen worden, daß beispielsweise in Deutschland die Zahl der derzeit Erwerbslosen fast genau dem Mehrzuwachs an erwerbsfähigen Personen entspricht. Schon die Wahlkatasterzahlen zeigen, daß die über 20 Jahre alten Personen mit deutscher Staatszugehörigkeit sich allein in der Nachkriegs-

zeit um rd. 8 Millionen vermehrt haben, nämlich von 1920: 35 949 774 auf 1932: 43 934 331, während die Gesamtbevölkerung in der gleichen Zeit nur um knapp 5 Millionen gewachsen ist. Die Gründe für diese weniger beachtete Erscheinung sind die, daß die stärksten besetzten Vorkriegsjahrgänge von 1900 bis 1914, die im Gegensatz zu den vergangenen durch den Krieg nicht mehr dezimiert werden konnten, erstmalig im Wirtschaftsleben in Erscheinung treten konnten.

Fortführung der Jugendarbeit

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist heute selbstverständlich. Lehrlinge und jugendliche Arbeiter werden organisiert, in Jugendabteilungen zusammengefaßt und hier zu tüchtigen Berufskollegen, guten Gewerkschaftern und Sozialisten herangebildet. Die ersten Schwierigkeiten dieser Jugendarbeit sind überwunden. Es klappt in den Jugendabteilungen, wenn auch das in der Jugendarbeit übliche Auf und Ab in den Gruppen die Jugendarbeit mal besser und mal schlechter erscheinen läßt. Durch die Jugendarbeit finden die jungen Menschen, das kann die freie Gewerkschaftsbewegung mit Stolz buchen, Schutz vor Ausbeutung und schlechter Behandlung, Besserstellung ihrer Lehr- und Arbeitsbedingungen, zugleich aber auch Stätten geselligen Beisammenseins und der Ausbildung.

Was wird aber mit denen, die die Jugendabteilungen verlassen? Sind sie in der Bewegung weiterhin aktiv tätig? Reihen sie sich in die Front der erwachsenen Gewerkschafter ein? Werden sie die Streiter für die Sache, die sie sein sollen? Seien wir ehrlich, fehlen nicht selten die 18- bis 25jährigen als Mitkämpfer, sie sind nicht Schrittmacher, sie sind Mitläufer, die zwar ihre Beitragspflicht gegenüber der Organisation erfüllen, die aber

nicht mit der inneren Begeisterung für unsere Sache ausgerüstet sich der Bewegung zur Verfügung halten. Sie fehlen oft in den Versammlungen der Gewerkschaften, sie fehlen bei der Kleinarbeit.

Sollte es nur Unlust sein, die die junge Generation abhält, gerade in den Gewerkschaften nicht mitzutun? Sollten es Burschen oder Mädels sein, der Tanzboden, die Arbeitslosigkeit oder die Unmöglichkeit, Funktionen in der Bewegung zu erhalten, da die jungen Menschen nicht im Betrieb sind, oder fehlt in unserer Bewegung nicht doch noch ein Brückenpfeiler in der Verbindung von jung und alt im Zusammenwirken? Sind wir nicht verpflichtet, noch an eine Fortführung der Jugendarbeit zu denken, um die durch die Arbeitslosigkeit von Betriebsfunktionen ausgeschalteten und durch die Krise menschlich bedrückten jüngeren Gewerkschafter inniger mit der Bewegung zu verbinden? Dies ist eine Sache, wert, besprochen zu werden. Wer wünscht hierzu das Wort?

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis. 1 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68. Alte Jacobsstraße 8

großem Umfang Kohlenbergbau betrieben. Die Arbeit beschränkt sich lediglich darauf, Lage und Umfang des Kohlenreviers festzustellen. Mit vielen kleinen Bohrapparaten ist man seit dieser Zeit an der Arbeit. Sie genügen, die Kohle liegt nicht sehr tief und die Erdschichten sind für Bohrzwecke durchweg günstig.

Bei den Bohrungen stößt man zuerst gewöhnlich auf eine gelbe Lettenschicht von 6 bis 12 Meter. Es folgt eine Art Uebergangsmergel und etwas kalkhaltiges Gebirge, dann meist weicher, anschließend harter Schiefer bis zur Kohle. Stellenweise trifft man auch auf Sandstein, manchmal sehr harten, der schwer zu durchbohren ist und ein rasches Fortschreiten der Arbeit verzögert. Im großen und ganzen geht das Bohren aber recht gut, so daß mit leichten Apparaten unschwer Tiefen bis 500 Meter erreicht werden können. Die Kohle lagert gewöhnlich 150 bis 500 Meter unter der Erdoberfläche, an einigen Stellen noch viel flacher. Die zur Verwendung kommenden Bohrapparate sind meist deutschen Fabrikats.

Zwar hat man in letzter Zeit versucht, auch in Rußland solche Apparate herzustellen, doch mit keinem rechten Erfolg. Sie funktionieren meist nicht besonders gut.

Die Bohrreviere sind unter sich wieder in Bezirke eingeteilt, deren jeder für sich arbeitet. Man macht sich gegenseitig schärfste Konkurrenz, man peitscht sich auf. Jeder Bezirk soll eine im voraus berechnete Zahl von Meter „zur Erfüllung des Fünfjahresplans“ bohren. Auch zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen des gleichen Reviers macht sich dieses tolle System bemerkbar. Ein hastiges, ehrsüchtiges Treiben herrscht, einer will unbedingt mehr leisten als der andere. Sinnlos wird drauflos gewählt.

Die Folgen solcher „Arbeitsweise“ sind dann viele Unfälle, Brüche des Bohrzeugs, Fangarbeit über Fangarbeit. Monatslang dauern dann wieder die Reparaturen, die Instandsetzungsarbeiten, die an kleinen Bohrlöchern besonders schwer zu beheben sind. Ein ausländischer Facharbeiter, der in solchen Betrieben beschäftigt ist, hat na-

turgemäß einen äußerst schweren Stand. Wenn durch diese wütende, unüberlegte und sinnlose Arbeit alles verdorben ist, dann soll er „hexen“ können. Obwohl ein Russe kaum imstande wäre, den Betrieb auch nur in der doppelten Zeit wieder in Gang zu bringen, blickt man geringschuldig auf die Arbeit des Spezialisten und äußert sich abfällig. Die russischen Arbeiter lassen sich auch nicht das geringste sagen. Sie nehmen keinen Ratschlag an. Ist es ihnen aber einmal gelungen, ein Bohrloch in verhältnismäßig kurzer Zeit herunterzubringen, dann sind sie stolz und eingebildet. Nun glauben sie bohren zu können. Dann brauchen sie nach ihrer Ansicht auch auf niemanden mehr zu hören. Es ist eine Qual, mit solchen Leuten arbeiten zu müssen.

Tag und Nacht, Woche um Woche, Monat um Monat dröhnen die Bohrhämmer, rollen die Maschinen. Durchgehend achtstündige Arbeitszeit in drei Schichten. Von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags, von da bis 10 Uhr abends und von 10 bis morgens 6 Uhr. Schicht auf Schicht

Abrüstungsfrage der Jugendorganisationen

Während der am 22. und 23. Mai in Zürich abgehaltenen gemeinsamen Abrüstungskonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale traten die auf der Konferenz anwesenden Vertreter der verschiedenen internationalen Jugendorganisationen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu einer kurzen Beratung zusammen, um in einer gemeinsamen Entschliessung die Auffassung der sozialistischen und gewerkschaftlich organisierten Jugend zur Abrüstungsfrage festzulegen. Die Beratung, die die erste gemeinsame Konferenz dieser Art war, endete mit der einstimmigen Annahme der nachstehenden Kundgebung:

Im Kampf für die Abrüstung und den Frieden kann die junge Generation nur auf der Seite des Friedens stehen. In dieser Überzeugung bekennen sich die Vertreter der unterzeichneten internationalen Jugendorganisationen zu dem gemeinsamen Abrüstungsprogramm der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Das sozialistisch und gewerkschaftlich organisierte Jugendproletariat erblickt in der internationalen Arbeiterbewegung den stärksten Faktor in allen Aktionen, die die internationalen Organisationen der Arbeiterklasse für den Frieden durchzuführen werden.

Die Vertreter der sozialistischen Jugend der ganzen Welt richten an die Abrüstungskonferenz in Genf den ernststen Appell, die Stimme der Jugend zu hören, die die Abrüstung und den Frieden will, weil sie der festen Überzeugung ist, daß ihre Vorstellungen von der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft nur verwirklicht werden können auf demokratischem Weg und in vertrauensvoller Zusammenarbeit der Völker. Dieses Ziel wird aber niemals erreicht, wenn die Jugend, statt zu Pionieren des Friedens und der Wohlfahrt der Völker erzogen zu werden, als Werkzeuge der Zerstörung und Vernichtung mißbraucht wird. Die junge Generation

der Arbeiterklasse appelliert an die Abrüstungskonferenz, die wiederholten feierlichen Versprechungen an die Völker zu erfüllen und im Sinne der Forderungen der internationalen sozialistischen und freigewerkschaftlichen Organisationen die allgemeine und vollständige Abrüstung sofort einzuleiten.

Die militärische Abrüstung muß ihre Ergänzung finden in der moralischen und geistigen Abrüstung der Menschen, auch in der Familie und in der Schule. Die neue Weltordnung des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens erfordert auch eine neue Gesinnung der Völker. Abgerüstet werden müssen alle sog. vormilitärischen Jugend-erziehungs-einrichtungen. Abgerüstet werden muß der Geist des Nationalismus und der Völkerverhöhnung, der heute noch vielfach die öffentlichen Erziehungsstätten der Jugend beherrscht. Das Ideal der neuen Jugend-erziehung aller Völker muß die Völkerverständigung und die Achtung alles dessen sein, was Menschenantizität trägt.

Die Jugendverbände der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verweisen mit Stolz auf die von ihnen auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten geleistete Erziehungsarbeit. Sie werden diese Arbeit in der Zukunft mit gesteigerter Kraft fortsetzen in der festen Überzeugung, daß eine im Geist

des Friedens wirkende Jugend eine starke Sicherung gegen jeden nationalsozialistischen und militaristischen Mißbrauch der Jugend bildet. Darüber hinaus werden sie einen unermüdbaren Kampf gegen alle die Jugendverbände führen, die die Jugend im Sinne des Faschismus und des Nationalismus zu beeinflussen suchen.

Die unterzeichneten internationalen Jugendorganisationen sind sich einig in der Erkenntnis, daß eine endgültige Befriedung der Welt nur möglich ist durch die Beseitigung des Kapitalismus und durch den Sieg des Sozialismus. Sie richten deshalb an alle jungen Menschen, die ernsthaft die Abrüstung und den Frieden wollen, die Aufforderung, sich mit der sozialistischen Jugend einzureihen in die Massenbewegung des internationalen Proletariats, und unter der Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu kämpfen für eine neue Welt der Arbeit, des Friedens und der Freiheit.

Jugend- und Bildungskomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes; Sozialistische Jugend-Internationale; Sozialistische Arbeiter-Sportinternationale; Sozialistische Erziehungs-Internationale; Internationale Sozialistische Studentenföderation.

Ehe und Krise

Im Jahre 1930 betrug in den deutschen Großstädten die Zahl der Eheschließungen 8,7 auf 1000 Einwohner. Sie ist um 1,1 unter den Stand von 1930 und um 1,6 unter den von 1929 gesunken. „Wirtschaft und Statistik“ bemerkt hierzu:

Diese starke Abnahme der Eheschließungen war, ob mittelbar oder unmittelbar, wohl ausschließlich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt. Auch soweit sie durch Abwanderung junger, heiratsfähiger Männer aus den Großstädten verstärkt sein mag, ist ihre letzte Ursache allein in der allgemeinen Notlage zu suchen.

Ehescheidungen

In Deutschland haben sich nach den neuesten Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im Jahre 1930 die Ehescheidungen weiter vermehrt. Es wurden nicht weniger als 40 727 Ehen geschieden, also um 700 mehr als 1929 und 10 v. H. mehr als 1928. Hamburg steht mit 200,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner an der Spitze. Es folgt Berlin mit 188,7 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Es folgen weiter Schleswig-Holstein mit 77,7, die Rheinprovinz mit 59,9, Sachsen mit 59,5, Westfalen mit 56,5 und Brandenburg mit 52,7.

wechself. Immer strömen neue Scharen hinzu, lösen ab, nehmen die freiwerdenden Arbeitsplätze ein.

Ein seltsamer Kontrast zu den übrigen Staaten, wo Maschinen und Menschen zu vielen Millionen feiern müssen.

Rußland steht im Zeichen des Fünfjahresplans. Die meisten Arbeiter nehmen ihr Essen zur Arbeitsstelle mit. Wenn sie in der Nähe wohnen und verheiratet sind, bringen es meist ihre Angehörigen.

Meister und sonstige Vorgesetzte sowie Büroangestellte können während der Arbeitspausen die Betriebe verlassen. Ebenso steht es ihnen frei, nach ihrem Belieben ihren freien Tag zu wählen. Sie können einmal früher weggehen, dann wieder länger arbeiten, gerade wie es ihnen eben mit der Arbeit vereinbar erscheint. Büros und Verkaufsstellen sind nur bei Tage geöffnet. Die Arbeitszeit der Angestellten erstreckt sich gewöhnlich bis 4 Uhr nachmittags. Dann ist Schluß, es wird niemand mehr vorgelassen. In den Städten werden die Eingänge besetzt und von der Miliz bewacht.

4. Fahrten in der Steppe

Bei den Fahrten in der Steppe, von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz, lernt man Land und Leute, Dörfer und Verkehrsverhältnisse am besten kennen. Landstraßen und Steinpflasterung gibt es in den ukrainischen Dörfern sehr selten. Nur Feldwege sind es, die man benützt. Und weil an Platz kein Mangel ist, sind sie oft sehr breit ausgefahren, nicht selten bis 150 Meter. Man ist aber auch in der Steppe an keinen Weg gebunden. Das Land ist flach, wo es nicht umpflügt und eingepflanzt ist, kann man fahren und laufen, wie und wohin man will.

In der heißen Jahreszeit regnet es oft sehr lange nicht. Dick lagert dann ein schwarzgrauer Staub auf den Wegen. Man erkennt kaum ein vorbeikommendes Fuhrwerk in den aufgewirbelten Wolken von Staub, der naturgemäß sehr ungesund ist. In diesen Gegenden Südrusslands herrscht fast durch das ganze Jahr ein starker Wind. Man muß den dicken Schafspelzmantel anziehen. Er bietet oft genug nicht hinreichenden Schutz.

Ganz anders gestalten sich die Verkehrsverhältnisse während der Regenzeit. Die moorartig schwarze Erde wird sehr klebrig. Sie hängt sich an die Wagenräder fest, bis sie nicht mehr herumgehen. Man muß sie immer wieder reinigen, wenn man weiterkommen will. Doch nur von kurzer Dauer ist die Freude, dann sind die Räder schon wieder verklebt.

Regnet es anhaltend längere Zeit, so entwickelt sich in den Dorfstraßen ein berartiger Morast, daß Kutsche oder Fuhrwerk bis zur Achse in den Schlamm einsinkt. Nur mit größter Mühe und mit hohen Stiefeln kann man durchwaten. Nicht selten erweisen sich die Stiefel als noch zu kurz. Der Schlamm dringt dann ein, man verfinstert bis über die Knie.

Wie leicht wäre es, die Dorfstraßen mit Steinpflaster — wenn auch nicht modernstem — zu versehen. Steine finden sich genug. An vielen Stellen der Steppe ragen sie aus dem Erdboden hervor. Der Russe scheint das nicht zu beachten, nicht zu wissen. Er fühlt sich offenbar wohl in diesem Dreck und Schlamm. (Fortf. folgt.)